

# Informationen & Recherchen

## Geschlechterparität in den nationalen Parlamenten ausgewählter EU-Staaten

---

Frankreich, Spanien, Schweden und Finnland

*Christine Henry-Huthmacher unter Mitarbeit von Dr. Wilhelm Hofmeister*



## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	3
2. Frauenrepräsentanz in den nationalen Parlamenten der EU.....	3
3. Unterschiedliche Maßnahmen für eine erfolgreiche Frauenrepräsentanz.....	4
4. Finnland und Schweden - erfolgreich ohne Paritätsgesetz.....	5
5. Frankreich und Spanien – erfolgreich mit einem Paritätsgesetz.....	7
6. Ausblick.....	10

## Zusammenfassung

1. Auslöser der Paritätsdebatte in Deutschland ist der niedrige Frauenanteil von 30,9 Prozent im Deutschen Bundestag und in den Länderparlamenten.
2. Die Verabschiedung der Paritätsgesetze durch den Landtag Brandenburg im Frühjahr und den Landtag in Thüringen im Sommer 2019 hat zu einer Debatte über erfolgreiche Strategien in anderen europäischen Ländern geführt.
3. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland hinsichtlich des Frauenanteils im Parlament im Mittelfeld.
4. Die Unterrepräsentanz von Frauen ist zwar in allen nationalen Parlamenten in der EU zu finden, doch setzen sich Finnland, Schweden, Spanien und Frankreich mit einem hohen Frauenanteil von 40 bis 47 Prozent in ihren nationalen Parlamenten von den übrigen EU-Staaten deutlich ab.
5. Es zeichnen sich zwei unterschiedliche Erfolgsstrategien ab. Während Finnland und Schweden erfolgreich sind ohne ein Paritätsgesetz, bildet in Frankreich und Spanien das Paritätsgesetz die Grundlage für ihren Erfolg.
6. In Schweden haben freiwillige interne Regelungen in den Parteien eine lange Tradition. Gängige Praxis der meisten Parteien ist die abwechselnde Besetzung der Wahllisten mit Frauen und Männern. Die Regierung von Stefan Löfven versteht sich als eine feministische Regierung, mit dem Ziel, Macht und Ressourcen für eine gleichberechtigte Gesellschaft umzuverteilen.
7. Finnland hat für alle staatlichen und kommunalen Verwaltungsinstanzen eine Quote von 40 Prozent für Frauen und Männer eingeführt, die von einigen Parteien übernommen wird.
8. In Frankreich haben die erhöhten finanziellen Sanktionen bei Verstößen gegen das Paritätsgesetz und die Besetzung der Wahllisten der Partei von Emmanuel Macron, La République En Marche, mit 50 Prozent Frauen in aussichtsreichen Positionen zu einem erhöhten Frauenanteil der Nationalversammlung geführt.
9. In Spanien hat das 2007 verabschiedete Paritätsgesetz zu einer kontinuierlichen Erhöhung des Frauenanteils im Parlament geführt. Seit der Parlamentswahl im Frühjahr 2019 ist Spanien mit 47,4 Prozent Spitzenreiter in der EU. Die paritätische Besetzung der Wahllisten ist in allen Parteien zu finden.

## 1. Einleitung

In Deutschland wird derzeit intensiv darüber diskutiert, wie es gelingen kann, den Frauenanteil in den Länderparlamenten und im Bundestag zu erhöhen. Ob und welche gesetzlich bindenden Vorgaben durch Wahlrechtsreformen eingeführt werden sollten, ist politisch wie juristisch heftig umstritten.

Auslöser der Debatte ist der geringe Anteil von Frauen im Deutschen Bundestag, der seit der Bundestagswahl von 2017 auf 30,9 Prozent gesunken ist. Damit sind Frauen derzeit so gering vertreten wie seit 1998 nicht mehr. Die Verabschiedung eines Paritätsgesetzes durch den brandenburgischen Landtag, angeregt durch die Einführung einer Quotenregelung in Frankreich, hat im Frühjahr 2019 zu einer Debatte über erfolgreiche Strategien in anderen europäischen Ländern geführt. Welche europäischen Länder können als vorbildlich gelten und welche rechtlichen und politischen Maßnahmen haben zur Verbesserung des Frauenanteils in den jeweiligen Parlamenten beigetragen?

## 2. Frauenrepräsentanz in den nationalen Parlamenten der EU

Die europäischen Länder geben hinsichtlich des Frauenanteils in ihren Parlamenten ein sehr unterschiedliches Bild ab. Zwar sind Frauen in allen europäischen Parlamenten unterrepräsentiert, doch liegt die Spannweite der Frauenrepräsentanz in nationalen Parlamenten in Europa zwischen 10 und 46 Prozent und damit weit auseinander. Deutschland befindet sich im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Die Gründe für die großen Unterschiede zwischen den europäischen Ländern sind vielfältig. Von 28 EU-Staaten besitzen zehn Staaten gesetzliche Regelungen zur Geschlechterparität in ihren nationalen Parlamenten, einige EU-Staaten weisen auf Parteiebene Quotenregelungen auf, wieder andere EU-Staaten haben weder gesetzliche noch parteiinterne Quotenregelungen. In diesen EU-Staaten liegt der Frauenanteil in den Parlamenten zwischen 12 und 28 Prozent. Schlusslichter in der gesamten EU sind Zypern und Ungarn. In Ungarn liegt der Frauenanteil im nationalen Parlament bei weniger als 10 Prozent.<sup>1</sup>

Dagegen setzen sich Länder wie Frankreich, Schweden, Finnland und Spanien mit einem hohen Anteil von knapp 40 Prozent und darüber deutlich ab.

In den Parlamenten und Regierungen der EU sind Frauen weiterhin unterrepräsentiert. Nur sechs der 28 nationalen Parlamente in der EU werden von einer Frau geleitet und sieben von zehn Mitgliedern der nationalen Parlamente sind Männer. Zwar hat sich der aktuelle Anteil an weiblichen Ministern auf 30,5 Prozent erhöht und ist

damit der höchste Anteil seit 2004, doch gibt es Hinweise darauf, dass nicht selten Frauen politische Ämter mit geringerer politischer Priorität ausüben. Im Europäischen Parlament stellten Frauen im November 2018 36,4 Prozent der Mitglieder. Länder wie Spanien, Schweden, Frankreich und vor allem Finnland heben sich auch im Europäischen Parlament von den meisten Ländern positiv ab.<sup>2</sup>

### **3. Unterschiedliche Maßnahmen für eine erfolgreiche Frauenrepräsentanz**

In ihrem Report: „Equality between women and men in the EU“, von 2018 kommt die EU-Kommission zu dem Schluss, dass trotz eines Anstiegs des Frauenanteils in den unterschiedlichen Parlamentskammern in den nationalen Parlamenten der EU von 22,1 Prozent (im Jahr 2004) auf 29,3 Prozent (im Jahr 2017) der Fortschritt viel zu langsam sei. Zudem stellten Frauen nur 16,9 Prozent der Vorsitzenden der wichtigen Parteien.<sup>3</sup>

Eine ausgewogene Mitwirkung von Frauen und Männern an politischen Entscheidungen ist nach Ansicht der EU-Kommission eine Grundbedingung für eine demokratische Gesellschaft. Dies unterstützen auch 90 Prozent der Europäer,<sup>4</sup> 86 Prozent der Europäer können sich vorstellen, besser von einer Frau als von einem Mann vertreten zu werden. Zudem sprechen sich 70 Prozent für gesetzliche Maßnahmen in der Politik aus, um eine größere Chancengleichheit zu erreichen.<sup>5</sup>

Bereits 2013 kritisierte die EU-Kommission die fehlenden paritätischen Verhältnisse in den meisten Parlamenten der EU. Eine Ursache sieht sie darin, dass die politischen Parteien hauptsächlich von Männern geführt werden.<sup>6</sup> Sie beklagt zudem, dass Strukturen und Kulturen der Parteien Frauen an einer politischen Teilhabe hinderten, die Kandidatenauswahl der Parteien zu Männer fokussiert sei und Frauen einen schlechteren Zugang zu Wahlkampffinanzierung von politischen Parteien hätten und über begrenzte finanzielle Möglichkeiten verfügten, die ihre Wahlkampfchancen beeinflussen. Daher fordert die EU-Kommission Kandidatinnen, in stärkerem Maße als bisher, zu nominieren. Um ein ausgeglicheneres Verhältnis zwischen Männern und Frauen in nationalen Parlamenten zu erreichen, wäre nach Ansicht der EU-Kommission eine Quotenregelung hilfreich.<sup>7</sup> In den EU Ländern, in denen eine Quotenregelung eingeführt wurde, haben diese Quoten zum Teil deutliche Auswirkungen auf den Anteil von Frauen. Dabei zeigen sich zwei auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Entwicklungen. Während der Frauenanteil in den Parlamenten in Finnland und Schweden sehr hoch ist ohne Gesetz, sind Spanien und Frankreich erfolgreich mit Gesetz. Dahinter stehen im Wesentlichen zwei erfolgreiche Konzepte: Ein Paritätsgesetz, wie es in Frankreich und Spanien praktiziert wird, und die Selbst-

verpflichtung zu parteiinternen Quoten, durch die sich die Parteien selbst verpflichten, ein bestimmtes Verhältnis zwischen Männern und Frauen einzuhalten, wie es in Schweden und Finnland angewendet wird. Schweden war bisher mit 46,1 Prozent europäischer Spitzenreiter, gefolgt von Finnland mit 42 Prozent. Nach den Wahlen im Frühjahr 2019 erhöhten sowohl Finnland als auch Spanien ihren Frauenanteil auf 47 Prozent und Spanien auf 47,4 Prozent. Damit ist Spanien aktuell der Spitzenreiter in der EU.

#### **4. Finnland und Schweden - erfolgreich ohne Paritätsgesetz**

In **Finnland** erhielt eine Rekordzahl von Frauen bei den Parlamentswahlen im Frühjahr 2019 ein Mandat. Damit erhöhte sich der Frauenanteil auf 47 Prozent der Parlamentsmitglieder. Die Grünen können sogar einen Frauenanteil von 85 Prozent aufweisen, bei den Sozialdemokraten gelangten 22 Frauen von insgesamt 40 Kandidaten ins Parlament. Einen ebenfalls hohen Anteil gewählter Frauen verzeichneten die Kommunalwahlen 2017 mit 39 Prozent. Die Grünen und die Sozialdemokraten stellten den größten Frauenanteil. Während er sich bei den Grünen auf 70 Prozent belief, lag er bei den Wahren Finnen bei 20 Prozent. Finnland hat hinsichtlich der hohen Beteiligung von Frauen in der Politik eine lange Tradition.

Laut Global Gender Report 2017 steht Finnland an dritter Stelle weltweit, was die Gleichstellung der Geschlechter betrifft. Auch die OECD unterstreicht in ihrem Bericht: „The pursuit of gender equality“ die fortschrittliche Familienpolitik und den hohen Wert der Gleichberechtigung in Finnland. Finnland unterstützt seit 1997 mit Gleichstellungsprogrammen der Regierung die Förderung von Frauen im öffentlichen Bereich. Das finnische Gleichstellungsgesetz gilt für die Ausschüsse, staatliche Verwaltung, Beiräte, Arbeitsgruppen, kommunale Gremien, Organe oder Institutionen, die staatliche Gewalt ausüben. Nach diesen Bestimmungen müssen Frauen und Männer zu mindestens 40 Prozent vertreten sein. Diese Quoten gelten für alle staatlichen und kommunalen Verwaltungsinstanzen. Auch wenn es für das Parlament keine verpflichtenden Quoten gibt, so haben einige politische Parteien diese 40 Prozentregelung als Richtschnur für ihre Kandidatenaufstellung festgelegt. Mit dem kontinuierlich gestiegenen Anteil der weiblichen Kandidaten bei den Parlamentswahlen ist auch die Wahrscheinlichkeit gestiegen, dass Frauen gewählt werden. Darüber hinaus haben einige Parteien die Gleichberechtigung als Thema in ihren Partei- oder Wahlprogrammen fest verankert mit der Folgewirkung, dass auch die öffentliche Wahrnehmung des Themas größer geworden ist.

Die große Zunahme von Kandidatinnen für das neugewählte Parlament im Frühjahr 2019 ist auf den Rückenwind der Oppositionsparteien in der Legislaturperiode 2015 bis 2019 zurückzuführen. Darüber hinaus haben die gestiegene Aufmerksamkeit der

Medien und vor allem die #metoo Debatten in den sozialen Medien zur Sensibilisierung des öffentlichen, politisch gesellschaftlichen Klimas in dieser Frage beigetragen.

Frauen haben in Finnland bereits alle führenden Positionen im Staat ausgeübt.<sup>8</sup> Das reicht von der Staatspräsidentin, der Regierungschefin bis hin zur Parlamentspräsidentin und schließt alle Ministerposten ein. Auch der oberste Gerichtshof und die Zentralbank wurden bereits von einer Frau geleitet. Ähnlich wie in Schweden basiert das finnische Modell auf der Berufstätigkeit beider Eltern bzw. Partner. Die Erwerbsquote von Frauen beträgt 70 Prozent. Ein gut ausgebautes Kinderbetreuungssystem, Ganztagschulsystem und ein Nachmittagsbetreuungssystem ermöglichen Müttern und Vätern eine Vollzeiterwerbstätigkeit. Die Erwerbstätigkeit der Frauen gilt als selbstverständlich. Ähnlich wie Schweden kennt das finnische Steuersystem nur eine Individualbesteuerung. Auch wenn die Gleichberechtigung in Finnland weit fortgeschritten ist, zeigen die Gleichstellungsberichte von 2017 und 2018<sup>9</sup>, dass auch in einem fortschrittlichen Land wie Finnland noch nicht alle Ziele erreicht sind. Von den nordischen Ländern gilt Schweden als der Vorreiter einer gesellschaftlichen Gleichberechtigung von Männern und Frauen.

**Schweden** befindet sich mit 46 Prozent Frauenteil im schwedischen Parlament in der europäischen Spitzengruppe, die das Land bis 2018 anführte. Seit Januar 2019 verfügt die neue Regierung über die gleiche Anzahl an weiblichen und männlichen Ministern und setzt damit die paritätische Besetzung von Ministerämtern ihrer Vorgängerregierung fort. Die neue Regierung unter Stefan Löfven versteht sich als eine feministische Regierung, die sich zum Ziel setzt, Macht und Ressourcen für eine gleichberechtigte Gesellschaft umzuverteilen, so dass Frauen und Männer die gleiche Macht haben, die Gesellschaft und ihr eigenes Leben zu gestalten.<sup>10</sup> Obwohl sich alle Parteien besonders für Geschlechtergleichheit einsetzen, sind Instrumente wie gesetzliche Quoten oder positive Diskriminierung eher unüblich. Statt einer nationalen Quote haben freiwillige interne Regelungen der Parteien in Schweden eine lange Tradition. Bereits seit Ende der 1970er Jahre werden die Wahllisten in Schweden mit Hilfe von Quotenregelungen besetzt. Gängige Praxis der meisten Parteien ist die abwechselnde Besetzung ihrer Wahllisten mit Männern und Frauen („alternate voting lists“), wie sie in den 1990er Jahren von den Sozialdemokraten eingeführt wurden und derzeit auch von ihnen, der grünen Partei, die Linkspartei und den Christdemokraten in ihren Wahlbezirken erfolgreich angewendet werden. In der Zentrumspartei und der Liberalen Partei ist das Geschlecht ebenfalls ein wichtiger Aspekt der Kandidatenaufstellung. Zu den Instrumenten gehören auch Kurse und Bildungsmaßnahmen zur Stärkung von Gleichheit und Vielfalt sowie ein jährlicher

Gleichstellungsbericht, in dem die Maßnahmen der Partei zur Förderung von Frauen aufgelistet werden. Den Parteivorsitz haben in der Zentrumsparlei seit 17 Jahren Frauen inne.

Hinter diesen Maßnahmen in der Politik steht ein gesellschaftliches, geschlechterparitätisches Selbstverständnis, das auf einer generell „progressiven Kultur“ beruht. Schweden verfolgt bereits seit den 1970er Jahren eine aktive Gleichstellungspolitik mit dem Ziel, eine tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erreichen. Aus diesem Grund sind alle politischen Maßnahmen an dem Ziel ausgerichtet, Macht und Ressourcen gleichmäßig zu verteilen. Dazu hat Schweden umfassende Strategien durch die Anwendung des Gender Mainstreaming entwickelt. Für den öffentlichen Sektor, der als Vorbild für den privaten Sektor gilt, dient das „Gender Mainstreaming bei Regierungsbehörden“ (Gender Mainstreaming in Government Agencies) als strukturelle Grundlage. Das sogenannte „Schwedische Modell“ fußt auf drei Faktoren: einer individuellen Besteuerung, die der sozialen Absicherung der Frauen dient, einer umfassenden öffentlichen Subventionierung der Elternzeit und Kinderbetreuung sowie einer umfangreichen geschlechtsspezifischen Evaluierung und einem entsprechenden Monitoring am Arbeitsplatz. Schweden kooperiert in Genderfragen auch mit anderen skandinavischen Ländern durch den Nordischen Ministerrat. Das jährliche Treffen der Gleichstellungsminister/innen dient dem Austausch politischer Entwicklungen und aktueller Ergebnisse der Geschlechterforschung.

Vor diesem Hintergrund ging die schwedische Regierung noch einen Schritt weiter als die anderen skandinavischen Länder und erklärte sich bereits im Jahr 2017 zu einer feministischen Regierung (Government offices of Schweden, 2017). In Schweden ist Feminismus kein Kampfbegriff. Schweden verfolgt mit der aktiven Umsetzung des Gender Mainstreaming das Ziel, eine paritätische Repräsentation auf der operativen Ebene aller öffentlichen Institutionen zu erreichen. Kernelemente einer frauenfreundlichen schwedischen Gesellschaft sind die wirtschaftliche Gleichstellung und eine paritätische Vertretung in demokratische Institutionen. Obwohl Schweden keine Quotenregelung für die politische Repräsentation einführte, sind Männer und Frauen auf politischer Ebene beinahe paritätisch vertreten. Treibende Kraft für die paritätische Vertretung sind die öffentliche Meinung und die allgemeine Erwartung schwedischer Wählerinnen und Wähler.<sup>11</sup>

## 5. Frankreich und Spanien – erfolgreich mit einem Paritätsgesetz

Eine andere, ebenfalls erfolgreiche Maßnahme ist das Paritätsgesetz, wie es in **Frankreich** und Spanien praktiziert wird. Dem französischen Parité-Gesetz misst die EU-Kommission eine Vorbildfunktion zu<sup>12</sup>. Das französische Paritätsgesetz, dem im Jahr 1999 eine Verfassungsänderung vorausging, gilt seit dem Jahr 2001. Demnach sind Parteien verpflichtet, genauso viele Männer wie Frauen als Kandidaten aufzustellen. Diese gesetzlichen Vorgaben sind an Sanktionen gebunden. Wenn die Parteien gegen die paritätischen Vorgaben verstoßen, erstattet ihnen der Staat deutlich weniger Wahlkampfkosten. Ansporn für das Paritätsgesetz war der niedrige Anteil von Frauen im französischen Parlament in den 1990er Jahren und ein Vergleich mit dem deutschen Parlament, in dem der Frauenanteil damals 25 Prozent betrug. Dagegen belief sich die Beteiligung von Frauen im französischen Parlament im März 1993 auf lediglich 6,1 Prozent. Mit dem Ruf nach einem Paritätsgesetz wuchs in den 1990er Jahren die gesellschaftliche Unterstützung für das Anliegen und führte schließlich 1999 zur Verfassungsänderung. Die französische Regierung setzt auf verbindliche rechtliche Regelungen, um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen. Das Paritätsgesetz erlaubt nur paritätisch besetzte Kandidatenlisten. Parteien, die in mehr als 50 Wahlkreisen Direktkandidaten/innen aufstellen, dürfen davon nur im Umfang von maximal zwei Prozent abweichen. Weicht der Anteil von Frauen und Männern um mehr als zwei Prozent ab, reduziert sich der zustehende Anteil an der Parteienfinanzierung um jeden Prozentpunkt der Abweichung. Nicht paritätisch besetzte Kandidatenlisten werden zurückgewiesen und zur Wahl nicht zugelassen.

Das Gesetz schließt Wahlen auf allen politischen Ebenen ein und betrifft somit die Europawahlen, die Wahl zur Nationalversammlung, die Senats-, die Regional- und die Kommunalwahlen. Wer bei den Parlamentswahlen gegen die Parität verstößt, erfährt Sanktionen. In der Wahlperiode 2012 bis 2017 entgingen der „Union pour mouvement populaire“ und ihrer Nachfolgepartei „Les Républicains“ 18,1 Millionen Euro, der „Parti Socialiste“ 6,4 Millionen Euro.<sup>13</sup> Erst nachdem die finanziellen Sanktionen noch einmal verdoppelt wurden und die Partei La République En Marche die Erhöhung des Frauenanteils als explizites politisches Ziel in ihrem Wahlprogramm 2017 ausgab, hat sich der Frauenanteil der Nationalversammlung um 12 Prozent erhöht. Der enorme Anstieg des Frauenanteils von 18,5 Prozent (2007) und 26,9 Prozent (2012) auf derzeit 38,8 Prozent in der Nationalversammlung ist wesentlich auf die Partei von Emmanuel Macron, La République En Marche, zurückzuführen, dessen Partei die Wahlliste zu knapp 50 Prozent mit Frauen in aussichtsreichen Positionen besetzte. La République En Marche hat die Frauenförderung zur Priorität erklärt. Um das strategische Engagement beim Thema Gleichstellung zu unterstreichen, hat Emmanuel Macron 2017 eine gleiche Anzahl von Frauen und Männern in sein Kabi-



nett berufen und im Jahr 2018 eine feministische Außenpolitik angestoßen. Frankreich liegt hinsichtlich der Frauenbeteiligung in Parlamenten auf Rang 4 in der EU. Trotz der Erfolge gibt es vor allem auf kommunaler Ebene noch Handlungsbedarf. Dass Gleichberechtigung ohne Quoten kaum zu erreichen ist, hat die französische Wirtschaft gezeigt. Seit 2017 ist in Aufsichtsräten eine Quote von 40 Prozent verpflichtend.<sup>14</sup>

**Spanien** hat nach der Parlamentswahl im Frühjahr 2019 mit 47,4 Prozent den höchsten Frauenanteil in den europäischen Parlamenten und ist damit der Spitzenreiter in der EU geworden. 350 Abgeordnete setzen sich aus 184 Männern und 166 Frauen zusammen. Das ist ein Anstieg um acht Prozent gegenüber dem Jahr 2016. In Spanien ist der Frauenanteil in den beiden Kammern des nationalen Parlaments (Abgeordnetenhaus und Senat) hoch. Den höchsten Frauenanteil verzeichnet die linkspopulistische Bewegung Unidad Podemos, mit 57,14 Prozent, gefolgt von der PSOE von Pedro Sanchez mit 52,03 Prozent und der Volkspartei mit 51,51 Prozent. Bereits vor der Wahl 2019 war der Anteil von Frauen sowohl in den beiden Kammern des Parlaments als auch in den Parlamenten der Autonomen Gemeinschaften und Gemeinden im europäischen Vergleich relativ hoch. Das spiegelt sich auch in den Mandaten im Europäischen Parlament wider, die mit 41 Prozent in der Wahlperiode (2014 bis 2019) relativ hoch waren. Maßgeblich für den Anstieg des Frauenanteils ist das „Gesetz über die effektive Gleichstellung von Frauen und Männern“, das von der Regierung des Ministerpräsidenten Rodrigo Zapatero im Jahr 2007 verabschiedet wurde. Dieses Gesetz legt fest, dass die Parteien auf ihren Wahllisten 40 Prozent Frauen aufführen müssen. Das Gleichstellungsgesetz bestimmt, dass die Zahl der Personen jeden Geschlechts nicht höher als 60 Prozent und nicht niedriger als 40 Prozent sein darf, sonst ist die Liste ungültig und wird nicht zur Wahl zugelassen. Die paritätische Besetzung der Wahllisten ist in allen Parteien zu finden. Bei Kommunalwahlen darf nur in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern ein Mindeststandard von 40 Prozent Frauen auf einer Liste unterschritten werden. Die Umsetzung des Gesetzes hat innerhalb weniger Jahre zu einer schnellen Zunahme des Frauenanteils in den Parlamenten geführt und zu einem Anstieg weiblicher Parteimitgliedschaften in den letzten Jahren. Im Vergleich zur Regierung von Mariano Rajoy (2016 bis 2018), die einen Frauenanteil von 35,7 Prozent aufwies, stieg der Anteil von Frauen in der Regierung von Pedro Sanchez (2018 bis 2019) auf 61,11 Prozent, d.h. es gab mehr Frauen im Kabinett als Männer: von 18 Ministern waren elf Frauen.

Das Gleichstellungsgesetz genießt laut einer Umfrage in Spanien mit 80 Prozent eine hohe Akzeptanz und hat auch Auswirkungen auf die Gleichstellungspläne in der öf-

fentlichen Verwaltung und in Unternehmen. Es hat seit seiner Einführung im Jahr 2007 in vielen gesellschaftlichen Bereichen einen wesentlichen Beitrag geleistet. In den Verwaltungsräten der Unternehmen stieg der Anteil von Frauen von drei Prozent im Jahr 2007 auf über 25 Prozent, ebenso verdreifachte sich die Zahl der Professorinnen, die Berufstätigkeit der Frauen nahm zu und jeder zweite Vater nimmt inzwischen Vaterschaftsurlaub. Frauenförderung und Gleichberechtigung sind in der spanischen Öffentlichkeit wichtige Themen. Vor allem das Thema Gewalt gegen Frauen ist immer wieder Gegenstand in Medien und politischen Diskussionen. Die polemischen Verlautbarungen der rechtspopulistischen Part Vox gegen das Gleichstellungsgesetz wegen einer vermeintlichen Benachteiligung von Männern führt kontinuierlich zu intensiven Debatten in der Öffentlichkeit und trug während des Wahlkampfs 2019 zur politischen Mobilisierung von Frauen (gegen Vox) bei.

## 6. Ausblick

In den letzten Jahren hat sich in den vier europäischen Ländern der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten erhöht und auch in den Regierungen sind Frauen stärker beteiligt. Die ergriffenen Maßnahmen basieren auf gesetzlichen Regelungen oder auf impliziten Quotenregelungen und einem hohen geschlechtersensiblen Selbstverständnis. Wie die erfolgreichen Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in nationalen Parlamenten zeigen, ist letztlich auch der Wille der Parteien maßgeblich. Eine veränderte politische Kultur ist in vielen Staaten der EU notwendig, damit sich Frauen und Männer in gleichem Maße engagieren. Eine Gleichberechtigung an der Spitze der EU anzustreben, spielte u.a. auch im EU-Wahlkampf eine Rolle. Erstmals soll die EU-Kommission unter der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen fast zur Hälfte mit Frauen besetzt sein. Auch wenn in den meisten Ländern der EU die gläserne Decke in Politik und Wirtschaft noch nicht überwunden ist, so haben die Maßnahmen und das gesellschaftliche Selbstverständnis in Frankreich, Spanien, Schweden und Finnland zu beachtlichen Erfolgen geführt und den Anteil der Frauen in den Parlamenten und Regierungen erhöht. In ihrem Koalitionsvertrag 2018 verpflichtet sich die Bundesregierung dazu, im Rahmen ihrer EU-Ratspräsidentschaft 2020 „die Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU weiter voranzutreiben und sichtbar zu machen.“

---

<sup>1</sup> Deutscher Bundestag: Geschlechterparität in nationalen Parlamenten der EU-Staaten, Ausarbeitung, wissenschaftlicher Dienst 2018 (WD 1-3000-016/18)

<sup>2</sup> Europäische Kommission. Weltfrauentag 2019: mehr Gleichheit, aber zu langsame Fortschritte. Via <https://ec.europa.eu/germany/news/20190307-weltfrauentag-de>.

<sup>3</sup> EU-Kommission: 2018 Report on equality between women and men in the EU 2018, S. 25

- <sup>4</sup> EU-Kommission: 2018 Report on equality between women and men in the EU 2018, S. 56
- <sup>5</sup> EU-Kommission: 2018 Report on equality between women and men in the EU 2018, S. 29 f
- <sup>6</sup> EU-Kommission: Women and men in leadership position in European Union 2013, S. 22 ff
- <sup>7</sup> EU-Kommission: Women and men in leadership position in European Union 2013, S. 22 ff
- <sup>8</sup> Gender quotes.<https://thl.fi/en/web/guest/gender-equality/gender-equality-in-finland/decision-making>  
<https://causa.tagesspiegel.de/gesellschaft/was-frauen-fordern-unser-deutschland-in-10-jahren/gleichstellung-aus-finnischer-sichtnbsp.html>  
Kimmo Elo: Zentrum für Parlamentsforschung, Universität Turku, Finnland, in Korrespondenz mit der Autorin über die Repräsentation von Frauen im finnischen Parlament und Gesellschaft, Mai 2019
- <sup>9</sup> [http://www.stat.fi/tup/julkaisut/tiedostot/julkaisuluettelo/yyti\\_sts\\_201800\\_2018\\_19722\\_net.pdf](http://www.stat.fi/tup/julkaisut/tiedostot/julkaisuluettelo/yyti_sts_201800_2018_19722_net.pdf)  
[http://julkaisut.valtioneuvosto.fi/bitstream/handle/10024/160920/STM\\_08\\_2018\\_Tasa-arvo\\_barometri%202017\\_net.pdf?sequence=4&isAllowed=y](http://julkaisut.valtioneuvosto.fi/bitstream/handle/10024/160920/STM_08_2018_Tasa-arvo_barometri%202017_net.pdf?sequence=4&isAllowed=y)
- <sup>10</sup> <https://www.government.se/articles/2019/03/feminist-policy-must-make-a-difference-in-peoples-daily-lives-and-experiences/>
- <sup>11</sup> Hertie school of Governance: Frauen in Kultur und Medien – Ein europäischer Vergleich, Hertie School of Governance, Oktober 2017
- <sup>12</sup> EU-Kommission: Women and men in leadership position in European Union 2013, S. 27
- <sup>13</sup> Vgl. Haut Conseil Égalité, La dotation publique des partis et groupements politiques pour la XIVe législature (2012-2017)
- <sup>14</sup> Finkenzeller, Karin: Parität – Es gibt kreative Wege, den Aufstieg von Frauen zu verhindern, in: DIE ZEIT-online vom 4.2.2019  
Hassenkamp, Milena: Paritätsgesetz in Frankreich: Junge Frauen werden durch junge Frauen ersetzt, in: Spiegel Online vom 8.3.2019  
Laskowski, Silke: Pro Parité ! – eine juristische Streitschrift für ein modernes Wahlrecht, in: djbz3/2014, S.93-130

Zusammenfassung der Länderberichte der Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung:

Galetti, N.; Wissmann K.: Parität und Patriarch, in: Länderbericht, März 2019

Hellmann, A.: Female Participation in Politics: Insights from Sweden, Stockholm, i.E.2019

Knaapi, E.: Research paper about women in politics in Finland, Helsinki, i.E.2019

## Impressum

### Autorin/ Autor

Christine Henry-Huthmacher ist Koordinatorin für Familien- und Frauenpolitik in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Wilhelm Hofmeister ist Leiter des Auslandsbüros Spanien und Portugal der Konrad-Adenauer-Stiftung.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Christine Henry-Huthmacher  
Koordinatorin für Familien- und Frauenpolitik  
Hauptabteilung Politik und Beratung  
Rathausallee 12  
53757 Sankt Augustin  
T +49 2241 / 246-2293  
[christine.henry-huthmacher@kas.de](mailto:christine.henry-huthmacher@kas.de)

Dr. Wilhelm Hofmeister  
Leiter des Auslandsbüros Spanien und Portugal  
c/ Villanueva 43  
28001 Madrid  
Spanien  
T +34 91 781 12 02  
[wilhelm.hofmeister@kas.de](mailto:wilhelm.hofmeister@kas.de)

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019, Sankt Augustin/Berlin  
Gestaltung & Satz: yellow too Pasiak Horntrich GbR  
Printed in Germany.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)